

Gerd Meyer

Der versorgte Mensch

Sozialistischer Paternalismus:
bürokratische Bevormundung und soziale Sicherheit

Man wird „plaziert“ und versorgt - nicht nur im Restaurant

„Bitte warten Sie - Sie werden plaziert!“ - Welcher bundesdeutsche DDR-Besucher hat nicht schon etwas verwundert (wenigstens beim ersten Mal) vor diesem Schild in zahllosen HO-Gaststätten gestanden? Was anderswo ungewohnt ist, hat meist seinen *eigenen* Sinn. Der ist allerdings für viele Wartende nicht immer offensichtlich angesichts unbesetzter Tische oder der - meist in Schönschrift ausgehängten - Selbstverpflichtung des Gaststättenkollektivs zu „gehobener Gastlichkeit“.

Aber dascheiden sich schon die Geister: DDR-Bürger kennen das und haben wo möglich vorbestellt, warten jedenfalls geduldig am Schild oder in der Schlange, sorgfältig auf Berechtigung und Reihenfolge der Einweisung achtend. Der bundesdeutsche Anfänger dagegen ist irritiert, zögert - und geht dann auf den Kellner zu, leicht fordernd und relativ selbstbewußt, den besten freien Tisch für sich im Auge. Doch der „Bundi“, zu Hause als Kunde eher umworben und auf baldige Befriedigung seiner Bedürfnisse eingestellt, erfährt schnell die Dialektik von Planung und Zuweisung, von Knappheit und Geduld - und reiht sich ein, vielleicht kopfschüttelnd und etwas ärgerlich. Aber irgendwann wird auch er seinen Platz und eine Mahlzeit (zu meist erstaunlich niedrigen Preisen) bekommen. „So isse eben“ beschied mich einmal, in einer Mischung aus Aufklärung und Zurechtweisung, ein befrackter Routinier an der Wartelinie. „Hier ist eben der Kellner König“, meinte ein sarkastischer Spötter neben mir.

In der Tat gibt es viele solcher Situationen und Stationen im Leben der DDR-Bürger, wo sie „plaziert“ und versorgt werden - im ganzen sicher hinreichend, was die *Grundbedürfnisse* angeht, darüber hinaus aber oft nicht zu ihrer Zufriedenheit; denn es erfordert viel Geschick und Geduld, den Alltag in einem bevormundenden Zuteilungsstaat zu organisieren. Ich will der *Frage* nachgehen, *wie sich solches Versorgtwerden von „Vater Staat“, wie sich dieser „sozial-*

stische Paternalismus" in der politischen Kultur der DDR auswirkt. Dabei verstehe ich unter *politischer Kultur* vor allem die „subjektive Dimension der Politik“, also die politisch relevanten Wertorientierungen, Einstellungen, Meinungen und Verhaltensweisen der Bürger. Um sie zu verstehen, muß man sie aber mit den „objektiven“ Strukturen und Prozessen der Politik in Beziehung setzen: Machtstrukturen, vorherrschende Normen und ideologische Vorgaben, Institutionen und das Handeln der Machtelite in verschiedenen Politikfeldern (*policies*), politische Traditionen, der Wandel der Sozialstruktur und die objektiven Lebensbedingungen. Politische Kultur ist dann als *Interaktionsgeflecht* von subjektiven und objektiven Momenten des gesellschaftlich-politischen Prozesses zu begreifen.

Da Umfragen und empirische Daten zum Thema aus bekannten Gründen kaum vorliegen, basiert dieser Beitrag im wesentlichen auf der Auswertung der wissenschaftlichen, dokumentarischen und belletristischen Literatur aus Ost und West, auf publizierten Gesprächsprotokollen und auf vielen Unterhaltungen des Autors mit DDR-Bürgern. Das Ergebnis ist eine Mischung aus wissenschaftlicher Analyse, Essay und Erfahrungsbericht. Dieser Beitrag präsentiert einige Ergebnisse eines kleineren Forschungsprojekts, das der Verfasser zusammen mit *Kirsten Rohmeis* durchführte. Ich füge also Mosaiksteine zu einem vorläufigen Bild zusammen - ein durchaus subjektiver Versuch, sich der politischen Kultur der DDR 40 Jahre nach ihrer Gründung anzunähern, indem wir sie aus sich heraus verstehen und mit der westdeutschen kontrastieren.

Bürokratische Herrschaft und sozialistischer Paternalismus: die politischen Rahmenbedingungen in den siebziger Jahren

Auf der Grundlage des bürokratischen Herrschaftssystems hat sich in der DDR seit Beginn der 70er Jahre der sozialistische Paternalismus als *Strategie konservativen Systemmanagements* verstärkt entwickelt. Vor allem seit dem VIII. Parteitag der SED 1971, im Zuge der Realisierung der „Hauptaufgabe“ bei der „Gestaltung des entwickelten Sozialismus“ und gestützt auf die Leitformel der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“, bildete sich der sozialistische Paternalismus der SED als systemspezifische Strukturvariante bürokratischer Herrschaft in der zweiten Phase der Industrialisierung („wissenschaftlich-technische Revolution“, „Intensivierung der Produktion“) heraus. Eine umfassende *Fürsorgepolitik* („soziale Sicherheit und Geborgenheit“) von Staat und Partei, die Ausweitung integrativer politischer *Partizipations- und Identifikationsangebote* und die *Duldung loyalitätssichernder Arrangements* zwischen Bürgern und Machtelite kennzeichnen diese Strategie flexibel-autoritärer Systemstabilisierung mit „wohlfahrtsstaatlichen“

Zügen. Sie soll nicht nur die Ziele des Parteiprogramms einlösen, sondern auch Motivations-, Leistungs- und Legitimationsdefizite des politischen Systems, die wachsenden Konfliktpotentiale und den Reformdruck in dieser sozialistischen Industriegesellschaft bewältigen helfen.

Das *bürokratische Herrschaftssystem der DDR* ist nach wie vor gekennzeichnet

- durch einen tiefen *Mangel an Demokratie* in nahezu allen gesellschaftlichen Bereichen;
- durch die *Herrschaft einer Bürokratie*, die die gesamtgesellschaftliche Entwicklung, die „sozialistische Lebensweise“ der Bevölkerung und die öffentliche Kommunikation nach *ideologischen Vorgaben* und auf der Basis einer *zentral gesteuerten Planwirtschaft* gestalten will;

Das politische System der DDR verdankt seine *relative Stabilität* im Sinne institutioneller Herrschaftssicherung aber nicht nur traditionell autoritären Strukturen, sondern auch, und dies verstärkt seit 1971, einem *begrenzten politischen Wandel* im Sinne einer „Öffnung“ des Herrschaftsapparates hin zur Gesellschaft (vgl. dazu ausführlicher Meyer 1977, 1979, 1988, 1989). Dabei handelt es sich um einen *Prozeß politischer Differenzierung*, nicht umfassender *Demokratisierung*. Dies zeigt sich vor allem in einer flexibleren, eher *integrativen* als *repressiven* Art bürokratischer Machtausübung:

- eine vorsichtige *Ausweitung von Konsultation und politischer Partizipation* vor allem an der Basis (Kommunen, FDGB, Wiederbelebung oder Neugründung von Massenorganisationen und der anderen vier Parteien, größerer Handlungsspielraum für die evangelische Kirche), aber auch Betonung der Verantwortung leitender Kader für die Umsetzung der SED-Politik;
- *Priorität („Hauptaufgabe“)* für die kontinuierliche *Verbesserung der materiellen Lebensbedingungen*, insbesondere der *Wohnsituation*;
- verstärkter Einsatz *materieller Gratifikationen als Leistungsanreiz* und Ausbau der sozialpolitischen Leistungen („soziale Sicherheit und Geborgenheit“);
- *neue Integrations- und Identifikationsangebote* für die Bürger: zum Beispiel Ausbau der *Freizeitangebote* und Duldung eines ausgeprägten *Privatismus*; Aufwertung des *Lokalen und Regionalen* als Kultur- und Lebensraum; Verstärkung des *Wir-Gefühls* nicht mehr nur im Arbeitskollektiv, sondern als „sozialistische Nation“; Neuinterpretation und „positive Aneignung der deutschen Geschichte“ („Tradition und Erbe“); Wohlstand und internationales Prestige durch sozio-ökonomische *Effizienz, Leistung und wissenschaftlich-technischen Fortschritt* - eine Wertetriade, die als Basis rationaler Legitimation wie als persönlicher Ansporn, auch durch „Spitzenkünstler“ in Sport und Wissenschaft, fungieren soll;
- einerseits vielfältige *Abgrenzung* gegenüber der „bürgerlichen

Ideologie"- andererseits eine Politik des „Dialogs und der Entspannung" von der „Konfrontation zur Kooperation" besonders in den *deutsch-deutschen Beziehungen* (zum Beispiel Reiseerleichterungen, zahlreiche bilaterale Abkommen, SED-SPD-Papier usw.)

In diesem Kontext ist nun zu fragen: Welche typischen öffentlichen Interaktionsmuster haben sich im Gefolge des Paternalismus und relativ sicheren Versorgtseins" zwischen herrschender Bürokratie (an ihrer Spitze die Machtelite, also vor allem das ZK der SED und sein Politbüro), leitenden Kadern, sozialen Gruppen und Individuen in der politischen Kultur der DDR herausgebildet?

Meine These: Der Paternalismus erhöht die Akzeptanz „des Systems" und ruft Distanz hervor; erschafft politisch-sozialen Frieden, aber auch zahlreiche Widersprüche; er wirkt gleichermaßen integrativ und desintegrativ.

Paternalistische Machtausübung: Strenge und Wohlwollen zugleich

Politisch-administrative Macht wird von der SED-Führung paternalistisch, das heißt hier: mit väterlicher Autorität und Sanktionsgewalt, mit Strenge und Wohlwollen zugleich ausgeübt. In *letzter Instanz* entscheiden die *Machtelite*, die vereinigten Exekutiven von Partei und Staat, „fürsorglich und verantwortlich", im Stile eines kollektiven Hausvaters alle wichtigen politischen Fragen - „für das Volk", kaum „durch das Volk" und nur teilweise „mit dem Volk". Die Bürokratie gewährt größere und kleinere Freiheiten - *abgestuft* und *auf Widerruf*. Es gibt Konjunkturen „der Liberalität", aber keine „Demokratisierung". Seit vier Jahrzehnten beobachten wir dieses Wechselspiel von Repression und Toleranz - je nach Situation, Adressaten und Bedarf. Die Bürger können Forderungen, politisch begründete Ansprüche und gewachsene Rechte gegenüber der kaum kontrollierbaren, übermächtigen Bürokratie weder in einem rechtsstaatlichen Verfahren noch auf der Basiseigener, unabhängiger Gegen-Macht durchsetzen. Die SED-Herrschaft ist dennoch keine Diktatur auf der Basis von *Terror* oder *polizeilicher Willkür*. Sie ist *autoritär*, aber *nicht totalitär*. Die Bürger sind politisch und sozio-ökonomisch nicht einflußlos; in wichtigen Fragen muß die Bürokratie auf ihre Wünsche oder auf ihren Unmut Rücksicht nehmen. Aber im ganzen bleibt die Bürokratie „Herr im Hause" (die internationalen Abhängigkeiten einmal außer Acht gelassen). „Zum Wohle des Volkes" will sie in vielen Funktionen beitragen: als Versorger und Lenker, als Lehrer und Beschützer der Massen zugleich. Die Bürger bestimmen im politischen und ökonomischen System der DDR nicht selbst das generelle Niveau der Bedürfnisbefriedigung. Dort wird vielmehr für sie entschieden, wie sie „verantwortlich" versorgt,

betreut und zu ihrem Besten angeleitet werden (sollen). Niemand bleibt sich selbst überlassen. Die große Mehrzahl der DDR-Bürger, die ich trat, fühlt sich materiell „recht und schlecht“ versorgt von „Vater Staat“, aber auch bevormundet und abhängig. „Mutter Partei“ (L. Fürnberg) und „Vater Staat“ wissen grundsätzlich, was gut ist für die Bürger. Ein ausgeprägter, ideologisch begründeter *Pädagogismus* ist die Folge. Partei und Staat definieren Werte und stellen Normen auf für nahezu alle Bereiche sozialen Handelns. Ständig werden Leitbilder und „Perspektiven“ entwickelt, Aufgaben festgelegt und Aufträge vergeben. Die Parteiführung weiß, wie etwas richtig oder besser zu machen ist. Von väterlicher Milde und Verständnis bis hin zur kühlen Demonstration der Macht durch Drohung und Strafe reicht das Arsenal „erzieherischer Maßnahmen“, die die Obrigkeit als selbsternannter Wächter der „Prinzipien und Ideale des Sozialismus“ anwendet. Schon 1972 bemerkte die DDR-Studentenzeitschrift *Forum* selbstkritisch über die DDR-Jugend: „Sie werden in dem Augenblick an die Hand genommen, wo sie in den Kindergarten kommen, und sie werden auch an der Hand in die Universität gebracht (...) Behütet von Eltern, Lehrern usw. wachsen sie in einer, wie wir so oft glauben, harmonischen Welt auf. Das Modell ihrer Welt ist vorbestimmt bis zum Jahr 2000, und sie brauchen eigentlich nur noch ja zu sagen. Dann werden sie gelobt, bekommen ihre Preise, ihre Anerkennung - und alles ist gut. Der Pferdefuß besteht allerdings darin, daß die Kinder beziehungsweise Jugendlichen Gefahr laufen, aufzuhören, ein starkes Eigenleben zu führen beziehungsweise manchmal ein gespaltenes Leben leben - ein offizielles und ein privates unter sich“ (*Forum* 9/1972, S. 10). Egalitäre Normierung und Erfüllung menschlicher Grundbedürfnisse, Betreuung und Bevormundung, Hilfe und Kontrolle mischen sich in sehr problematischer Weise bei dieser paternalistischen Fürsorge und Machttausübung. Dies gilt zum Beispiel auch für die Art, wie die Bürger ihre Anliegen und Wünsche gegenüber der Bürokratie äußern können und wie diese bearbeitet werden.

Persönliche Eingaben als Beispiel, wie die Bürger ihre Anliegen und Wünsche gegenüber der Bürokratie äußern können

Persönliche Eingaben sind ein immer wichtigeres Mittel, um individuelle Anliegen jeder Art vorzubringen und eventuell auch zu realisieren. Nach Art. 103 der Verfassung der DDR hat jeder Bürger das Recht, sich mit Eingaben, das heißt Wünschen, Vorschlägen, Hinweisen oder Beschwerden, an die *Volksvertretungen* und ihre *Abgeordneten* an die *staatlichen Organe* (besonders wichtig: der *Staatsrat*) und die *wirtschaftlichen Einrichtungen* (Betriebe, Kombinate) zuwenden. Dieses Recht gilt als wichtiges Moment verstärkter Mitarbeit, Mitverantwortung und Kontrolle, das der Weiterentwick-

lung der sozialistischen Demokratie dienen soll. Es wurde 1975 neu geregelt und durch Empfehlungen des Staatsrats zur Bearbeitung von Eingaben auf örtlicher Ebene ergänzt. Buchstäblich Hunderttausende von mündlichen und schriftlichen Eingaben überfluten - mit wohl steigender Tendenz - jährlich vor allem die staatlichen Institutionen. Die genaue Zahl, Inhalte und Erfolgsquoten sind nicht genau bekannt. *J. Markovits* hat in einer sorgfältigen Studie aufgezeigt, wie die DDR-Bürger die Eingabe gegen einen Staat nutzen können. . . . der dem Bürger nicht nur als Hoheitsträger, sondern auch als Arbeitgeber, Vermieter, Verkäufer und in allen möglichen anderen Rollen entgegentritt." Die Eingabe sei „ein Allzweck- und Sammelbehelf, der praktisch all die Funktionen gleichzeitig erfüllt, die in der Bundesrepublik durch Verfassungsbeschwerden, Verwaltungsrechtsklagen, Verwaltungsbeschwerden, Petitionen, Zivilrechtsklagen und informelle Reklamationen und Beschwerden auf dem Markt erledigt werden. Da läßt sich zwischen juristischen und nicht-juristischen Angelegenheiten, zwischen Rechten und Nicht-Rechten, gar nicht mehr unterscheiden" (*Markovits* 1987, S. 270). Die Eingaben werden *überwiegend in persönlichen Gesprächen erledigt*, wohl kaum „mit 60%oigem Erfolg", wie es in der DDR heißt; aber mit Geduld und Hartnäckigkeit gegenüber den keineswegs immer nur abweisenden Verantwortlichen läßt sich doch manches erreichen. Andererseits muß die Parteiführung immer wieder dazu auffordern, die Eingaben „sorgsam" und zügig zu bearbeiten. „Erscheinungen von Verantwortungslosigkeit, Gleichgültigkeit und Herzlosigkeit gegenüber Bürgern sind mit dem Wesen unseres Arbeiter- und Bauernstaates unvereinbar". (Honecker 1986) Die Eingaben und die Ergebnisse ihrer Bearbeitung sollen in den betreffenden Organen und Einrichtungen systematisch ausgewertet werden. Sie sollen als Grundlage eines ständigen Dialogs der Verantwortlichen mit den Bürgern dienen (zum Beispiel in Stadt-, Familien- und Einzelgesprächen). Probleme verdeutlicht ein zusammengefaßter Bericht des Bürgermeisters *Lothar Mende* aus Dorfhain (Bez. Dresden) im CDU-Organ *Neue Zeit* vom 15.8.1988: „Kritiken, Vorschläge und Initiativen von Bürgern werden von örtlichen DDR-Staatsorganen ‚zu oft‘ als nebensächlich abgetan und ‚zu schnell mit Sach- und Fachzwängen der Unrealisierbarkeit‘ zugedeckt. Gespräche mit ‚Bürgern, Abgeordneten und Kollegen‘ hätten gezeigt, heißt es weiter, daß ‚wir unzufrieden sein müssen damit, wie sozialistische Demokratie zuweilen noch praktiziert wird‘. Insbesondere sei die ‚hohe, allzu hohe Zahl von Eingaben an übergeordnete Staatsorgane‘ ein Beleg dafür, ‚daß die auftretenden Probleme, Kritiken und Hinweise nicht immer in dem Verantwortungsbereich geklärt werden, in dem sie auftreten und in dem sie in der Mehrzahl auch nur zu klären sind‘. Das betreffe vor allem Eingaben von Bürgern und Kollektiven, ‚darunter aus dem kirchlichen Raum zu Lebensfragen unserer Zeit, auch zu Problemen vor Ort, die nicht sofort in die Lösung der augenblicklichen Schwerpunkte hinein-

passen oder auf den ersten Blick nicht realisierbar sind'. Nach Ansicht des Autors zieht das Scheitern von Vorschlägen der Bürger ‚an Unbeweglichkeit, Unsicherheit, Bürokratie bei mancher staatlichen Stelle, mit ihrem Warten auf Grundsatzentscheidungen‘ Konsequenzen nach sich. Es schlieÙe die ‚Gefahr der Resignation ein, des Zurückziehens von Menschen in die Privatsphäre oder das Ausleben ihrer Aktivitäten in Ecken und Nischen‘.

In Gremien würden ‚unendliche Diskussionen abgehalten, aber konstruktive Potenzen verschenkt‘; außerdem könnten in ihnen ‚destruktive Haltungen keimen‘. Als Abhilfe schlägt der Verfasser den staatlichen Behörden vor, statt ‚durch oberflächliches, plakatives, auf Effekthascherei orientiertes Agieren gegeneinander‘ aufzufallen, ‚vielerorts‘ eine ‚kritische Arbeitsatmosphäre‘ zu schaffen und mehr ‚Zivilcourage in die Arbeit‘ einzubringen.“

(Referat/Zitate in: *Informationen des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen* 16/1988)

Zwischen Subalternität und selbstbewußtem Fordern

Persönliche Eingaben sind ein typisches Mittel bürokratisch-paternalistischer Herrschaft, um eine faktisch nur wenig autonome, weitgehend auf Distributionsfragen, auf lokale und individuelle Probleme beschränkte Interessenartikulation der Bürger zu *kanalisieren*. Der bürokratische Paternalismus wird dadurch nicht gefährdet, sondern eher noch gestärkt. Eingaben sind außerdem ein gutes *Mittel der Beobachtung und Kontrolle* von oben. Unzufriedenheit und Forderungen werden - direkt oder im Wege der Überweisung - in der Regel zunächst auf *lokale* Behörden gelenkt. Arbeiten sie gut, bestärkt das eventuell die Bürger in ihrer Überzeugung, der Staat arbeite bürgernah und funktionsgerecht. Dies aber bezweifeln viele bürokratieerfahrene Bürger, wie die hohe Zahl von „gleich ganz oben“ eingereichten Eingaben zeigt. Dann können erfolgreiche Appellationen und Interventionen bei oder von Vorgesetzten den höheren Behörden Kredit verschaffen. Verfahren und Entscheidungsgründe sind für den Bürger außerdem weithin *nicht durchsichtig oder kontrollierbar*. Es handelt sich bisher eben *nicht um ein rechtsstaatliches Verfahren*, in dem der Bürger als Subjekt „sein Recht“ auch „gegen den Staat“ durchsetzen kann. Vielmehr bleibt er letztlich auf das *Wohlwollen* von „Vater Staat“ angewiesen. Zwar ist einerseits sehr positiv zu bewerten, daß auf diese Weise viele individuelle Wünsche registriert und zum Teil erfüllt werden; andererseits reproduziert dieses Verfahren individualisierter Artikulation und politisch-administrativ strikt begrenzter Interessenberücksichtigung eine rein paternalistische Art der Bedürfnisbefriedigung und damit die bürokratische Herrschaftsstruktur. Grundlage und Folge solchen Paternalismus ist jene Subalternität, die *Rudolf Bahro* so

eindringlich als objektive Struktur und als Mentalität, die das soziale Gesamtverhalten prägt, beschrieben hat. Dies scheint sich in den letzten Jahren langsam zu ändern: Viele Bürger entwickeln mehr Selbstbewußtsein gegenüber den Behörden; es gibt mehr „halb öffentliche“ Kritik mindestens in Einzelfragen. Die Bürgerbetonen ihre Ansprüche und lassen sich - weniger denn je - „einfach alles gefallen“. Sie fragen nach und fordern Begründungen; sie nehmen dort, wo nicht grundsätzlich Abwehr oder Resignation vorherrschen, die sozialistischen Staatsdiener und Parteifunktionäre beim Wort. In etlichen Erzählungen erschienen mir DDR-Bürger ihre Anliegen mutiger, eigenständiger und nachdrücklicher als früher gegenüber ihren Oberen zu verfolgen. Dem entspricht ein vorsichtiger Wandel im offiziellen Denken, sicher gefördert durch die sowjetischen Bemühungen zum Aufbau eines sozialistischen Rechtsstaats. Ansätze zu einer Ausweitung individueller Rechte und Einflußmöglichkeiten gegenüber der Verwaltung zeigen interne Diskussionen beziehungsweise erste praktische Ansätze zur Einführung von Verwaltungsgerichten (seit 1989) und eines Verwaltungsverfahrenrechts, zur Verbesserung des Eingabewesens und zu einem verstärkten „Einbeziehen“ der Bürger in die kommunale Politik. *Hüning/Neugebauer* (1988) haben die jüngste staatswissenschaftliche Diskussion in der DDR resümiert: Zunehmend werde nach dem Bürger als Subjekt, nach seinen Rechten und Einflußchancen gefragt; und umgekehrt werde die mangelnde Bürgernähe und Qualität der Arbeit des Staatsapparats mehr oder weniger offen kritisiert. Auch scheint sich eine vorsichtige Öffnung der DDR in der internationalen Diskussion um Menschenrechte in Ost und West abzuzeichnen. Sind dies hoffnungsvolle Ansätze zu einem weiterreichenden Umdenken?

Egalitäre Fürsorgepolitik zwischen Gleichheit und Differenzierung

„Stetige Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes“, „Soziale Sicherheit und Geborgenheit“, „Alles für das Wohl der arbeitenden Menschen“ lauten die Slogans *Oer offiziellen Selbstdarstellung* der umfassenden Fürsorgepolitik von Staat und Partei. „Von der Wiege bis zur Bahre“ sorgen sie für die Bürger in nahezu allen Lebensbereichen:

- Einkommen, Konsum, Dienstleistungen aller Art;
- Arbeitsplätze, -bedingungen und -Organisation;
- soziale und physische Sicherheit, Kultur, Sport, Freizeit-Infrastruktur, Gesundheit/Erholung;
- Erziehung/Bildung/berufliche (Weiter-) Qualifikation;
- politisch-gesellschaftliche Organisation, staatliche Planung und

Verwaltungsdienste, politische und ideologische Lenkung der Gesellschaft usw.

Das erreichte Maß *relativer Wohlfahrt* (aber auch indirekt die vielfältigen Versorgungsmängel) sind quantitativ, anhand objektiver Indikatoren statistisch gut erfaßt und dokumentiert (vgl. zum Beispiel Zahlenspiegel 1988; Materialien zum Bericht zur Lage der Nation 1987; *Rytlewski/Opp de Hipt 1987*, *Vortmann 1988*, *Klinger 1989*). Qualitativer und quantitativer Umfang, Dichte, Niveau und Kontinuität dieses umfassenden Leistungsangebots verleihen der DDR weithin den Charakter eines paternalistisch-autoritären „sozialistischen Wohlfahrtsstaates“ (ohne daß man den westlichen Begriff des *welfare State* einfach übertragen könnte).

Ausrichtung und Umsetzung dieser Fürsorgepolitik sind zunächst gekennzeichnet durch eine *zentral geplante und gesteuerte paternalistische Bedürfnisregulierung*: Die Bürokratie ermittelt und bestimmt den *Bedarf*, entscheidet über die Grundsätze der *Verteilung* und organisiert die *Zuteilung*. So werden nicht nur vorhandene Bedürfnisse und Lebensgewohnheiten reproduziert, sondern auch Wertorientierungen, Lebenspläne und Entfaltungschancen von Individuen und Gruppen nachhaltig vorgeprägt. Politik und Ideologie definieren legitime Ansprüche und - mindestens indirekt - Lebensstile der Menschen. „Sozialistische Persönlichkeits- und Bewußtseinsstrukturen“ sollen so durch aktive Politik und kontrollierte Alltagspraxis verankert werden. Die paternalistische Fürsorgepolitik (die SED spricht lieber von „sozialistischen Errungenschaften“ oder den „Vorzügen des Sozialismus in der DDR“) gewährleistet *zunächst* eine *egalitäre* Befriedigung vor allem der wichtigsten *materiellen Grundbedürfnisse* und ein hohes Maß an *sozialer Sicherheit*. Die niedrigen Preise für Grundnahrungsmittel und Kantinenessen, für Mieten und Transport, für Kinderbetreuungsinrichtungen und Freizeiteinrichtungen, kostenlose Bildung und Gesundheitsdienste usw. sind jedoch nur durch ständig steigende *Staatssubventionen* zu finanzieren (vgl. *Tabelle 1, K/ir?ger1989*, S. 14). Diese hoch subventionierte Verteilungspolitik ist schon seit langem unter vielen Bürgern der DDR, und nun indirekt auch in der Öffentlichkeit, finanz-, wirtschafts- und sozialpolitisch umstritten. Sie wird aber von der SED-Führung nicht zur Disposition gestellt (vgl. *J. Kuzcynski*, ND vom 22.12.1988 und 28.1.1989; *O. Reinhold*, ND vom 14.2.1989). Eine Beobachterin der „ZEIT“ charakterisiert die Meinung der Bevölkerung so:

„Es ist absurd: Die Regierung will ihrer Bevölkerung weiter die Sicherheit des Arbeitsplatzes, die niedrigen Mieten, die niedrigen Preise für Grundnahrungsmittel erhalten. Sie erfüllt Forderungen der frühen Arbeiterbewegung. Viele der so Beschenkten würden aber inzwischen gern darauf verzichten, wenn dies zu effektiverem Wirtschaften, zu besseren Wohnungen, zu mehr ökologischem Denken führen würde, und dazu, daß die Menschen für ihr Geld besser einkaufen könnten“ (*DIEZEIT*, 7.4.1989, S. 4).

Im Bereich der sozialen Leistungen ist der DDR-Bürger durch ein sehr dichtes soziales Netz in der Regel materiell, mindestens auf einem bestimmten Basisniveau, nahezu völlig abgesichert und versorgt. Ein hohes Maß an *Chancengleichheit* unabhängig von sozialer Herkunft und Geschlecht gibt es für den Zugang zu allgemeiner und beruflicher Bildung beziehungsweise für den Aufstieg bis in mittlere Leitungspositionen. Typisch für die paternalistische Fürsorgepolitik ist unter anderem ein umfangreiches Netzwerk von *Betreuungseinrichtungen* und *Fördermaßnahmen* vor allem für Familien (speziell für berufstätige Mütter), Schichtarbeiter und Ältere. Noch spezifischer in der politischen Absicht ist ein *zielgruppenspezifischer Pragmatismus* (*J. Herdin*) in der Zuweisung bestimmter Gratifikationen an „besonders wichtige“ Bevölkerungsgruppen (zum Beispiel gestufte Eliteprivilegien; Bevorzugung der Sicherheitsorgane; seit 1971 Einkommenserhöhung für Ärzte, Lehrer, Hochschuldozenten; mehr Jugendclubs, seit 1986 Musik-Jugendsender DT 64). Umgekehrt kann der DDR-Staat, ganz anders als in der Bundesrepublik, *Zuweisung oder Entzug* solcher Gratifikationen (zum Beispiel Wohnungen, Studienplätze, Leitungspositionen, Reisegenehmigungen) auch *zu politischen Zwecken* (als Lockmittel, Druck oder Strafe) individuell gezielt einsetzen. Die andere Seite solcher Fürsorgepolitik zeigt sich darin, daß die Bürokratie gegenüber dem abhängigen Bürger über ein umfassendes Spektrum von materiellen und strafrechtlichen Sanktionen verfügt, die sie sogar noch gebündelt einsetzen kann.

Von oben herab: inszenierte Kommunikation

Zum sozialistischen Paternalismus der DDR gehören bestimmte öffentliche Kommunikationsmuster als Vermittlungs- und Präsentationsformen von Politik. In diesem bürokratischen Herrschaftssystem bestimmen Staat und Partei zunächst den Rahmen und die „Spielregeln“ öffentlicher Kommunikation, die institutionellen und materiellen Bedingungen, unter denen sich Bürger öffentlich, zumal organisiert, äußern können. Die Machtelite verfügt monopolartig über den Zugang zu statistischen Daten, Informationsdiensten und Massenmedien der DDR. Partei und Staat legen die Grenzen der Kritik wie der Formulierung von legitimen Ansprüchen ihnen gegenüber als „Versorger“ und „Gesellschaftslenker“ fest. „Vater Staat“ bestimmt zwar in letzter Instanz, was wem gemäß „angemessener Bedürfnisdefinition“ zusteht. Aber oft werden die Bürger zuvor befragt und konsultiert: „Vater Staat“ *informiert sich* über ihre Wünsche und Klagen, treibt begrenztes „Marketing“ und sammelt das, was zahlreiche Beiräte, Aktive und Kommissionen berichten und vorschlagen. Die Machtelite *entscheidet* dann paternalistisch, inwieweit sie unter den gegebenen Bedingungen auf das

Gewünschte eingehen, wie „responsiv“ sie sich also gegenüber den Anliegen der Bürger verhalten kann und will. Die paternalistische Bürokratie verkündet schließlich ihre Entscheidungen und erläutert deren „korrektes Verständnis“. Eine riesige Maschinerie für *Agitation und Propaganda* soll die paternalistische Fürsorgepolitik, die gemeinsamen Leistungen von Bürokratie und Volk und damit das „sozialistische Vaterland“ ins rechte Licht setzen. Die Bürokratie kann nicht zur kontroversen Auseinandersetzung oder zum ehrlichen Argument *gezwungen* werden. Die Machtelite spricht im Grunde „von oben herab“ und hat meist das letzte Wort. Nicht zuletzt legt die Bürokratie paternalistisch fest, wer wann und wie Zugang zu ihr haben soll und wie sie mit der Bevölkerung direkt oder indirekt kommunizieren möchte. Die vorherrschende Praxis kennzeichnet *erstarrte Formen inszenierter Kommunikation*: Die Partei- und Staatsführung begegnet dem Volk nur in sorgfältig inszenierten Treffen; sie sind bis ins Detail durchgeplant und werden streng nach den entsprechenden Vorgaben durchgeführt. Nichts wird dem Zufall überlassen: Wer was zu wem sagt, ist insbesondere für die ausgewählten „Vertreter der Werktätigen“, vorher genau abgesprochen. „Meetings“ werden arrangiert, die Oberen setzen sich in Szene - eine Mischung aus ernst gemeintem Herrschaftsritual und Theater, in dem wohl alle wissen, was gespielt wird. Nur selten verlassen die Akteure ihre Rollen, um Personen zu sein: Ihre Sprechermasken sind unerlässliches Requisit für die (durchschaubar gewordene) Mythisierung der „Halbgötter“ im Politbüro - modern und anachronistisch zugleich. In den Medien aber werden diese Inszenierungen als persönlich geprägte Kommunikation von Individuen dargestellt: Die Bürger bekunden „persönlich“ den hohen Partei- und Staatsfunktionären ihre „aufrichtige und uneingeschränkte“ Unterstützung, und diese wiederum versichern sich ihrer Akzeptanz durch „vielfältige Beweise des Vertrauens“. Wohl eher äußerlich bekundete als echte „persönliche Dankbarkeit“ und Hochschätzung, ritualisierte Loyalitätsbekundung und Leistungsverpflichtungen prägen den Stil des Austauschs der Bürger mit Vertretern der Obrigkeit. In Wahrheit entsteht jedoch nur eine weithin oberflächliche und unehrliche Gemeinschaftlichkeit von Herrschenden und Beherrschten.

Und so sieht paternalistische Kommunikation in den Massenmedien aus

Häufig und ausführlich, in umfangreichen Bilanzen und mit viel Pathos, wird in den DDR-Medien auf die „sozialistischen Errungenschaften“ oder neuerdings die „Vorzüge des Sozialismus“ in der DDR insbesondere auf die Leistungen der Sozialpolitik seit 1971 hingewiesen. Die Bürgersollen sich als Frucht ihrer eigenen Arbeit,

Parteitag (April 1986) trieb diese Art von persönlicher Verpflichtung gegenüber der Politik von Staat und Partei ihre besonderen Blüten: „Täglich erleben wir Jugendliche, die Politik unserer Partei zum Wohle des Volkes ist eine Politik für und mit der Jugend. Dies wurde uns gestern, als Du, lieber Genosse Erich Honecker, die neuen Maßnahmen zur Förderung der Familien mit Kindern verkündet hast, erneut sehr deutlich. Für mich - sicherlich für viele junge Frauen - ist das natürlich mit persönlichen Konsequenzen verbunden. (Protokollvermerk: Heiterkeit, Beifall) Zwar habe ich noch nicht mit meinem Mann gesprochen (Heiterkeit), so etwas geht ja auch nicht so telefonisch. (Heiterkeit, Beifall) Aber eines steht jetzt schon fest: Unsere Familienplanung wird geändert, und die Termine werden vorgezogen (Heiterkeit, starker Beifall)". (VD vom 19.4.1986, S. 8). Besonders intensiv sind diese Mobilisierungskampagnen und Legitimationsanstrengungen in der Zeit vor *Parteitagen und Wahlen*, aber auch zu vielen „politischen“ *Feiertagen* und „Jubelanlässen“. Aufrufe und Dokumentationen, Volksaussprachen und Wettbewerbe, Grußadressen und Gelöbnisse sollen den Eindruck einer solidarischen und erfolgreich geführten, einer dynamischen und prosperierenden sozialistischen Gesellschaft vermitteln. „Die gute Politik unserer Regierung“, die Verantwortlichen in Partei und Staat - so wird es in den Medien präsentiert - sorgen für Wohlbefinden und Geborgenheit, wie Eltern für eine große Familie. Politisch-psychologische „Nestwärme“ und ein fast familiäres „Wir-Gefühl“ will Vater Staat in den Alltag der Bürger bringen - bis in die Schlafzimmer hinein (und für diese eine neue Form von Öffentlichkeit erwirkend).

Einerseits Leistungsanspruch, andererseits Belohnung: der ambivalente Charakter von Sozialpolitik

Paternalistisch an dieser Sozialpolitik ist auch ihr ambivalenter Charakter als persönlicher Leistungsanspruch und als staatliche Belohnung: Sozialpolitische Leistungen werden einerseits als individuelles Recht und als eine Art der kollektiven Entlohnung nach Maßgabe der erbrachten Arbeit dargestellt; andererseits werden sie faktisch als Belohnung für Geleistetes oder als Ansporn für mehr Leistung, als Anerkennungs- oder Stimulierungsgabe eingesetzt. „Der Hausarbeitstag bringt in bestimmter Weise eine Anerkennung der hohen Leistungen der Frauen zum Ausdruck“. (*Tribüne* vom 1.3.1983).

„In der gewerkschaftlichen Arbeit muß immer darauf geachtet werden, daß die hohe gesellschaftliche Wertschätzung der Schichtarbeit nicht am Arbeitsplatz bei der Lohn- und Prämien-gestaltung endet, sondern bevorzugte Einkaufsmöglichkeiten, Dienstleistungsservice, Arbeiterversorgung und ein geistig-kulturelles Angebot einschließt“. (*Tribüne* vom 17.5.1983).

Auch die letzten sozialpolitischen Neuerungen vom XI. Parteitag im April 1986 lassen dieses *paternalistische Belohnungsverhalten* als ein Moment staatlichen Handelns erkennen.

„Und noch ein Blick ins ‚Storchennest‘ (Anm.: Geschäft für Babybedarf und -bekleidung). Die Verkäuferinnen dort sind selbst junge Mütter. Natürlich wird es ihnen gut getan haben, daß der XI. Parteitag die Leistungen, Kinder groß zu ziehen, so hoch schätzte“. (*Für Dich* 23/1986).

Neben den sozialistischen Gratifikationen soll ein ausgefeiltes *Belobigungssystem* zur öffentlichen Motivation und individuellen Identifikation beitragen. Orden und Medaillen, Auszeichnungen und Ehrungen, Urkunden und Feiern, Wandtafeln und vor allem Prämien „für die Besten“ ergießen sich über mehr oder weniger sorgfältig ausgewählte Bürger und Kollektive. Sie lassen sich inmittelbar publicityträchtig umsetzen, eine Art stolzer Hochstimmung wird erzeugt. Lob und Feier sollen Sinn und Gemeinschaft stiften.

„Was wir daraufhin gemeinsam geschafft haben, ist das Entscheidende. 22 ha für nutzbare Rest- und Splitterfläche fanden wir, und neue kommen immer wieder hinzu. Versteht sich, daß wir das auch honorieren.... Besonders aktive Bürger zeichneten wir mit einem Mecklenburger Bauernkorb aus. Wer neugierig ist, stelle sich vor: hausgeschlachtete Wurst, knackige Gemüse und frische Blumen in einem geflochtenen Weidenkorb“. (*Für Dich* 22/1985).

Im Grunde aber ist es oft eine *Dankes- und Untertanenhaltung*, die beim DDR-Bürger von Partei und Staat abverlangt und, mindestens verbal und nach außen hin, auch gezeigt wird. Die Bekundung von Lob und Dankbarkeit gerät jedoch oft genug zum *Ritual*. Ein Ausschnitt aus einer Erzählung:

„Weiß begab sich an seinen Platz im Präsidium, der Werkleiter trat ans Rednerpult, um für die Auszeichnung zu danken. So war es üblich, so lief es ab, und man dachte sich nichts mehr dabei. Solche Gewohnheiten sind eine Art verbindliche Vereinbarung geworden, notwendig zur Orientierung, vor allen Dingen aber praktisch handhabbar. Doch wie rasch erstarren sie, werden zur Routine, der Inhalt gerät mehr und mehr in den Hintergrund, das Ritual wird alles. Darüber wäre auch vom Standpunkt der Geschichtswissenschaft nachzudenken.

Der Werkleiter war sichtlich bewegt, aber in dem, was er sagte, war nicht davon zu spüren.

Es las seine Dankesworte vom Blatt ab, und je länger er las, desto ruhiger wurde er, als wäre das Stück Papier auf dem Pult der Halt für ihn, das Gewohnte, das nun genau nach Plan ablief. Er dankte vielen: dem Genossen Weiß, der Partei, der Gewerkschaft, dem Staat. Merkwürdig, die Sache hatte sich umgekehrt. Die Auszeichnung war doch kein Geschenk, keine Gnade, war nicht vergeben worden, weil die Möbelfabrik an der Reihe war. Der Orden, der an der Fahne glänzte, war der Dank der Kollegen für die guten Leistungen, war

auch Dank an ihn, den Leiter,, (aus: G. Görlich: Die Chance des Mannes. 3. Auflage Berlin/DDR 1984, S. 110/111).

Fassen wir zusammen: *Paternalistische Kommunikation in der DDR ist also asymmetrisch, kontrolliert und nicht prinzipiell kontrovers. Oft genug handelt es sich um eine inszenierte Kommunikation der Herrschenden zu den Massen, um Arrangements zustimmungspflichtiger Politikvermittlung.*

Und wie denken die Bürger darüber?

Wie nehmen die Bürger die Fürsorgepolitik von Staat und Partei wahr? Welche typischen Einstellungen und Verhaltensweisen entwickeln sie dazu? Wie wirkt sich relativ sicheres Versorgtsein in der politischen Kultur der DDR aus? Diese Fragen sind anhand der zugänglichen Materialien nur ansatzweise, in einzelnen *Aspekten und Hypothesen* zu beantworten.

Nach Meinung vieler Analytiker und Gesprächspartner (vgl. zum Beispiel *Greiffenhagen* 1986, S. 216-234) dürfte sich die Mehrheit der DDR-Bevölkerung an einigen allgemeinen Wert- und Ordnungsvorstellungen orientieren, die eine überwiegende *positive* Grundeinstellung zur Sozialpolitik der SED begründen:

- Die Bürger sind vor allem an einer im Alltag spürbaren *Verbesserung des Lebensstandards und der Lebensqualität* interessiert. Der Staat soll Verantwortung übernehmen für eine wohlfahrtsstaatliche Daseinsfür- und -Vorsorge. Er muß - durchaus in der Tradition der Bismarckschen Sozialgesetzgebung - mindestens die *materiellen Grundbedürfnisse* erfüllen und die *soziale Sicherheit* aller Bürger (Renten!) gewährleisten.
- *Gleichheit und soziale Gerechtigkeit*, mindestens aber *Chancengleichheit* für eine individuell und sozial differenzierte Entfaltung unterschiedlicher Lebensstile und Aufstiegspläne haben einen *hohen Rang* in der Werteskala der Bürger. Die DDR-Bürger wollen eine *leistungsgerechte Bezahlung* und eine Differenzierung von Lebensniveaus (aber keine ungerechtfertigten Privilegien!) als Lohn für qualifizierte Arbeit; wichtig sind schließlich befriedigende *menschliche Beziehungen am Arbeitsplatz* und günstige Rahmenbedingungen, „gute Arbeit“ nach professionellen Standards leisten zu können.
- Das bürokratische Herrschaftssystem, die ständige Bevormundung der Bürger, die schönfärberische Selbstdarstellung der SED werden zumeist abgelehnt. Zugleich aber wird eine stark *ordnende und aktiv gestaltende Rolle „eines demokratischen Staates“* in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft befürwortet. Bedingung ist jedoch, daß vor allem *politische* und *persönliche Freiheitsrechte*, aber auch *ökonomische und soziale Menschenrechte* verwirklicht werden.

Nicht weniger dringlich als die volle Realisierung von Freiheitsrechten und Rechtsstaatlichkeit, insbesondere der Meinungs- und Pressefreiheit sowie der vollen Freizügigkeit, erscheinen wohl vielen DDR-Bürgern *Wirtschaftsreformen*. Davon erwartet man sich nicht nur mehr Effizienz und wissenschaftlich-technische Innovationen, sondern vor allem eine *bessere Versorgung* mit Konsumgütern, *kürzere Arbeitszeiten* und *mehr Qualität* in den sozialen und anderen Dienstleistungen, zum Beispiel im Gesundheitswesen, nicht zuletzt auch eine bessere *Umwelt*. Viele meinen, eine demokratische Wirtschaft und Politik solle „auf einer grundsätzlich sozialistischen Basis“ erfolgen, das heißt „Freiheit von Ausbeutung durch das Kapital“ beziehungsweise „besitzende Klassen“, Vorherrschaft von Gemeineigentum in den Schlüsselbereichen der Wirtschaft und „gerechter Ausgleich sozialer Interessen“. Es gibt wohl weithin Sympathien für einen (eventuell nur diffus definierten) „demokratischen Sozialismus“, zum Teil anknüpfend an aktuelle (und frühere) demokratische Reformansätze in Osteuropa, aber auch an sozialdemokratische Traditionen und Vorstellungen im Westen.

Meine These: Diese politischen Grundorientierungen stellen eine entscheidende Basis für die weitgehende Akzeptanz, ja Selbstverständlichkeit der vielfältigen Leistungen der Sozialpolitik und des hohen Maßes an sozialer Sicherheit für die DDR-Bürger dar.

Die Leistungen werden genutzt und auch gewürdigt, doch nicht als Wohltat, für die man dankbar zu sein hätte

Insgesamt dürfte wohl folgende Haltung vorherrschen: „Die Mächtigen, die Behörden tun eigentlich nur ihre Pflicht, wenn sie für die Bürger sorgen; und sie verteilen ja doch nur das, was wir, die Werktätigen, zuvor erarbeitet haben; und dies geschieht nicht immer so effizient und gerecht, wie wir es uns wünschen“. Die sozialpolitischen Leistungen des SED-Staates werden wohl beim Volk gesehen und anerkannt. „Eigentlich geht es uns doch ganz gut“, meinen nicht wenige DDR-Bürger, wenn sie in Ruhe nachdenken. Als Ergebnis langjähriger politischer Sozialisation und Lebenspraxis im „realen Sozialismus“ gelten sie jedoch weithin als *selbstverständlicher Besitzstand*, und nicht als besondere Leistung oder gar Wohltat der Bürokratie, für die man dankbar zu sein hätte. Nüchtern und nicht ohne Stolz auf das mühsam und kollektiv erarbeitete Lebensniveau der Gesellschaft werden die Leistungen der Sozialpolitik insgesamt positiv gesehen und zum eigenen Vorteil genutzt. G. Winkler, führender Sozialpolitik-Experte der DDR, führt dazu Befunde „aus einer Untersuchung des Jahres 1982“ an (*Tabelle 2*).

Die „Ergebnisse reflektieren neben allgemeiner Anerkennung zugleich partielle Einschränkungen, die vor allem von jüngeren Men-

sehen gemacht wurden, die soziale Unsicherheit nie kennengelernt haben. Diese bezogen sich vor allem auf noch nicht gelöste Wohnungsprobleme sowie Widersprüche zwischen beruflichen Vorstellungen und realer Tätigkeit. Insgesamt zeigt sich, daß sich ein bedeutender Wandel im Anspruch an soziale Sicherheit entsprechend dem erreichten politischen, ökonomischen und sozialen Entwicklungsstand vollzogen hat. War soziale Sicherheit nach 1945 Sicherung vor Hunger, Not, Armut und Obdachlosigkeit, in den sechziger Jahren der Anspruch auf einen gleichberechtigten Zugang zu Beschäftigung, Bildung, gesundheitlicher Betreuung usw., so ist heute zum Beispiel das Recht auf Arbeit nicht nur ein Anspruch auf einen Arbeitsplatz, sondern zugleich auf einen der Fähigkeit entsprechenden Einsatz in der Wirtschaft, die Gestaltung der menschlichen Natur adäquater Arbeitsbedingungen, auf ein mit der Leistung steigendes Lebensniveau usw." (Winkler 1988, S. 23/24).

Versorgtsein, Versorgtwerden - so gut gemeint und nützlich es sein mag - schafft objektiv zunächst *Abhängigkeit* und *nicht Eigenverantwortung*. Sie fördert das „Anspruchsdenken“ und den cleveren Egoismus der Bürger gegenüber dem Zuteilungssystem und seinen Repräsentanten. Der DDR-Bürger muß sich als Konsument nicht nur - wie der Bundesbürger auch - fragen: „Was möchte ich kaufen und was kann ich mir leisten?“. Er muß vielmehr sofort auch prüfen: „Was gibt es? Was bekomme ich wie und bis wann?“. Und so sind unsere Nachbarn zur besonderen Aktivität, zu Findigkeit und Geduld verurteilt, als Verbraucher und Tauschende, als Menschen, die ständig viele nützliche Beziehungen pflegen müssen, um an rare Güter oder Dienstleistungen zu kommen.

Seit Jahren bekannt sind die vielfältigen Klagen über Versorgungs- und Qualitätsmängel bei Waren und Dienstleistungen fast aller Art, bei Wohnungen und in Krankenhäusern usw. Fehlplanungen, bürokratische Ineffizienz und Organisationsmängel vertiefen eine weitverbreitete Unzufriedenheit mit einer Fürsorgepolitik, die trotz kontinuierlich gestiegener Leistungen und Ausgaben sich dennoch ständig steigenden Ansprüchen und einem zum Teil stagnierenden Niveau der Bedürfnisbefriedigung gegenübersteht. Eine gewisse Versorgungshaltung und eine *Mentalität des selbstverständlichen Mitnehmens* (auch ganz buchstäblich aus dem Betrieb), der Wunsch nach einem differenzierten und modernen Warenangebot, nach mehr Freundlichkeit der Verkäufer gegenüber dem Kunden schafft zunächst Konsumentenfrust, dann aber auch politische und massenpsychologische *Verdrossenheit*. Permanente Nörgelei und Resignation gehen einher mit Phasen relativer Zufriedenheit, der Freude über Verbesserungen und kleine Erfolge im Alltagsleben. Manche gewichtigen sozialpolitischen Errungenschaften werden dabei relativiert durch andere, oft „nur“ momentane oder lokale Mängel „des Systems“. Mindestens ein ständiges Grummen durchzieht die politische Kultur der DDR. *Dennoch*: Das hohe Maß an

sozio-ökonomischer Gleichheit und sozialer Sicherheit als Ergebnis der Fürsorgepolitik des sozialistischen Paternalismus erleichtert entscheidend das Arrangement der Bürger „mit dem System“ oder „dem Leben in der DDR“.

Tabelle 2: Das persönliche Gefühl sozialer Sicherheit haben (Angaben in %)

Altersgruppe (in Jahren)	insgesamt	ja absolut	mit Ein- schränkung	nein
bis 25	95,3	68,6	26,7	4,7
26-45	95,7	77,5	18,2	4,3
46 - 60/65	96,0	85,5	11,5	4,0
60/65 und darüber	96,6	91,4	5,2	3,4
Durchschnitt	95,8	78,2	17,6	4,2

Der Rückzug in die private „Nische“ wird durch die Versorgung erst ermöglicht

Der Paternalismus sorgt allerdings wohl nicht in dem Maße für politisch-ökonomische Zufriedenheit und „Geborgenheit“, für Arbeitsmotivation und „Identifikation mit unserem Staat“, wie es die Bürokratie glauben machen möchte. Vielmehr dürfte wohl gelten: Soweit das Gefühl der „Geborgenheit“ in der DDR besteht, dürfte es vor allem als persönlich-soziale Nähe in der Partnerschaft beziehungsweise in der Familie, im Freundes- und Bekanntenkreis, im Arbeitskollektiv und in lokal-kulturellen Bezügen begründet sein, und erst in zweiter Linie (aber sicher mehr als in der Bundesrepublik!) durch Fürsorge- und Betreuungsleistungen von Partei, Staat und Massenorganisationen oder - bei einer Minderheit der Erwachsenen - durch „gesellschaftliche Aktivität“ aufgrund einer inneren Übereinstimmung mit dem SED-Staat und seiner Ideologie.

Hier hat sich ein *Widerspruch in der politischen Kultur der DDR* entwickelt: *Einerseits* propagiert die politische Führung in Wort und Tat das Leitbild des Bürgers, der materiell wohl versorgt ist, seine Konsummöglichkeiten genießt *und* - wesentlich erst ermöglicht durch seine ökonomische Absicherung - politisch-gesellschaftlich aktiv ist. So betont *O. Reinhold*, ein führender Gesellschaftstheoretiker der SED:

„Persönliche Freiheit bedeutet für uns zunächst soziale Sicherheit als Grundlage der persönlichen Freiheit. Ohne soziale Sicherheit kann es keine persönliche Freiheit geben. Ein Arbeitsloser kann nicht persönlich frei sein. Zur persönlichen Freiheit gehört die Mög-

lichkeit, alle Talente und Fähigkeiten zu entwickeln und sie auch praktisch anzuwenden. Dazu gehört vor allem die Möglichkeit, an der Gestaltung der Gesellschaft aktiv und wirkungsvoll teilzunehmen" (*Frankfurter Rundschau* 3.6.1986, S. 10).

Andererseits sind sich viele Beobachter darin einig, daß es unter den DDR-Bürgern eine ausgeprägte *Orientierung an Konsum*, Freizeitgenuß, privatem Wohlbefinden usw. gibt. Dies habe zum Teil *kompensatorischen* Charakter, weil viele DDR-Bürger weithin „unpolitisch“ oder „von der Politik entfremdet“ seien. Das heißt hier: Sie sind nicht bereit zum intensiven politischen Engagement in den vorhandenen Institutionen, oberhalb des Loyalitäts- und Karriere-minimums wie zum Beispiel der Parteimitgliedschaft. In der Tat schaffen die umfangreichen sozialpolitischen Leistungen in vieler Hinsicht erst die materielle Basis für den vielfach beobachteten Rückzug in die „private Nische“ (G. Gaus), für die „Trennung von öffentlich und privat“. So gehören die vielen „Nischen“ und kleinen Freiräume, gewährt oder erobert, inzwischen ganz selbstverständlich zu einem Paternalismus, der den Rückzug ins Private, der Konsumorientierung und begrenzten Individualismus in Mode, Musik und kulturellem Schaffen als faktisch integrativ wirksam sein läßt. Dahinter stehen nicht immer nur Absicht und bewußte Regie; sondern oft läßt der Paternalismus (unter Aufsicht) gewähren, was ohnehin nicht oder nur mit hohen Kosten aller Art kontrollierbar wäre, was nicht aufzuhalten ist oder was ganz einfach nicht mehr der Kontrolle bedarf. Paternalismus kann individuelle und zum Teil auch gesellschaftliche Spontaneität, Autonomie und Dynamik „am langen Zügel“ wirksam sein lassen, solange die Modi privater oder kollektiver Lebensgestaltung die *essentials* des Herrschaftssystems nicht in Frage stellen. Gaus verweist außerdem auf die wichtige Rolle *gesellschaftlicher Selbstkontrolle*. Kurzum: Nicht notwendig manipulativ, nicht allein durch Gratifikationen und Kontrolle, sondern auch durch die Verinnerlichung bestimmter Normen und Leitbilder wird eine gewisse Systemstabilität erreicht. Dazu tragen wesentlich auch jene begrenzten Freiräume der Lebensgestaltung bei, die sich aus Prozessen der *Pluralisierung und Individualisierung in der Lebensgestaltung der Bürger* ergeben. Nicht zuletzt gibt es einen „natürlichen Konservatismus“ bei all jenen „Konsumbürgern“, die versorgt und betreut zugleich anspruchsvoll nach Besserem streben. Doch es gibt nicht nur das Neben- und Gegeneinander von „öffentlich“ und „privat“, sondern auch - verstärkt seit Anfang der achtziger Jahre - das In- und Miteinander dieser „Denk- und Lebenssphären“. Trennung und dialektische Einheit kennzeichnen die von so vielen beobachtete „Schizophrenie des Alltags“, den *double talk*, indem man zu Hause anders als „draußen“, „unter uns“ anders als mit „Fremden“ redet. Diese widersprüchliche, individuell immer wieder neu herzustellende *Einheit* wird im Reden von der „Nischengesellschaft“ viel zu wenig gesehen und als konfliktreicher *Prozeß* im Alltag untersucht. In dieser Hinsicht war dieser

Begriff schon immer fragwürdig. Und erleben wir zur Zeit nicht das langsame Ende der Nischengesellschaft, indem „die Menschen beginnen, aus ihren Nischen hervorzutreten“ (Gaus), vielfältig angeregt durch Gorbatschows Reformpolitik?

Das hohe Maß an garantierter sozio-ökonomischer Sicherheit (zum Beispiel bei Arbeitsplätzen und Prämien, oft relativ unabhängig von der tatsächlichen Leistung), der oft allzu politisch motivierte Charakter von Vergünstigungen und die bevormundende Überfürsorge von Staat und Partei führen aber noch zu weiteren Problemen auf dem Weg zur angestrebten sozialistischen Lebensweise der Bürger.

In der Rolle des permanenten Antrags- und Bittstellers oder die „Infantilisierung“ des Bürgers

Bürokratisch-paternalistische wohlwollende (oder auch disziplinierende) Fremdbestimmung kennzeichnet die Zuweisung von Bildungs- und Aufstiegschancen, von Positionen und Privilegien, von Wohnungen und Urlaubsplätzen oder von Reisegenehmigungen: „Sie werden plaziert - bitte warten Sie!“ So werden viele Bürger in die Rolle des permanenten Antrag- und Bittstellers gedrängt - hoffend, bittend, wartend, drohend, verhandelnd, mit Geduld oder Wut, mit Verständnis oder Apathie, mit Dankbarkeit oder am Ende gar mit Ausreiseplänen. Nicht wenige Bürger fühlen sich, objektiv zu Recht, von der Bürokratie abhängig und bevormundet, ja zum Teil entmündigt. Irene Böhme hat (in ihren immer noch höchst lesenswerten Bändchen „Die da drüben“) diese „Infantilisierung“ der Bürger treffend beschrieben:

„Die Vaterrolle des Staates wird indirekt auch von jenen anerkannt, die ihn nicht lieben, achten oder verehren.... Der Mensch sieht sich als Kind behandelt und verhält sich entsprechend. Junge und Ältere gehen in die Defensive, verweigern sich, ohne ihre Verweigerung zu proklamieren. Sie lehnen die Verantwortung fürs Ganze wie für sich selbst ab. Sie erwarten vom Staat, daß er ihre Bedürfnisse befriedigt, wie Kinder von ihren Eltern erwarten, daß für Behausung, Nahrung und Kleidung gesorgt wird. Sie lehnen den Staat ab wie Söhne einen gestrengen Vater, eine überfürsorgliche Mutter. Sie schieben Verantwortung von sich, erwarten die Unterdrückung, fügen sich unwillig und werden nicht aktiv. Bewußt oder unbewußt beharrt ein Teil der Bevölkerung auf Infantilität, grenzt sich ab und beraubt sich möglicher Emanzipation. Unauffälliges Verweigern anerkennt und zementiert Bestehendes“ (Böhme 1982, S. 43).

Der sicher versorgte und gut betreute Bürger ist - und das ist eine der Kehrseiten des sozialistischen Paternalismus - zugleich ein in Beruf und Öffentlichkeit oft unselbständiger, initiativenarmer und insgesamt wenig selbstbewußter „Versorgungsempfänger“. So jedenfalls fördert die SED nicht, was sie heute verstärkt fordert:

Eigeninitiative und die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen; den Willen, mehr zu leisten und sich ständig weiter zu qualifizieren (zumal bei beschränkten Konsummöglichkeiten); Kreativität, Risiko- und Innovationsbereitschaft, Flexibilität und Mobilität; politisch-gesellschaftliches Engagement und eigenständiges Denken bei der Lösung sozialer Probleme.

Dennoch darf hier nicht der Eindruck entstehen, die Sozialpolitik der SED habe *nur* negative Folgen für die politische und Alltagskultur der DDR. Diese sozioökonomische Basis ermöglicht millionenfache Qualifizierung, „Mitwirkung“ und sozialen Aufstieg. Neben der politisch-sozialen Konformität gibt es ein beachtliches Maß soziokultureller Nonkonformität und regional-lokaler Vielfalt, ebenso wie ein breites Spektrum im tatsächlichen politischen Denken wie im Verhalten, zwischen „dafür“ und „dagegen“, zwischen „aktiv“ und „passiv“. Egalität und Differenzierung sind heute fast gleichrangige Prinzipien staatlicher Fürsorgepolitik. In den letzten Jahren entwickelte sich ein immerstärkerer Trend zur Individualisierung und gruppenspezifischen Ausgestaltung der Lebensweise, nicht nur im persönlich-privaten Lebensstil, sondern ansatzweise auch im beruflichen und politischen Verhalten. DDR-spezifische Paradoxien entwickeln sich: Was heute sozio-ökonomisch, politisch und psychologisch für die individuelle Lebensgestaltung bereits *möglich* ist und an größeren Freiheiten denkbar wäre, was im Prozeß der Intensivierung und Leistungsorientierung der Wirtschaft an Einstellungen und Verhalten *notig* ist und was außerdem an Streben nach demokratischer Veränderung im Bewußtsein und in intensiven Diskussionen (zum Beispiel auch innerhalb der SED!) *vorhanden* ist - all das steht oft noch gegen die Praxis des bürokratischen Paternalismus. Objektiv und langfristig gefährden diese Widersprüche jedoch die Stabilität des Herrschaftssystems.

Dem Paternalismus fehlt die überzeugende Entwicklungsperspektive

Zweifellos bilden die historisch und im Systemvergleich bemerkens- und aner kennenswerten Leistungen der Fürsorgepolitik von Staat und Partei eine entscheidende, wenn nicht sogar die *wichtigste Legitimationsgrundlage* des DDR-Sozialismus, gerade auch bei den politisch distanzierten Bürgern. Negativ legitimiert sich der sozialistische Paternalismus - vor allem im Blick auf die kapitalistischen Länder, allen voran die Bundesrepublik - durch den Hinweis auf anhaltende Massenarbeitslosigkeit, auf „alte“ und „neue Armut“, auf die humanen und sozialen Kosten „kapitalistischer Ausbeutung“, auf die Vergeudung von Ressourcen zum Beispiel für die Rüstung „des Imperialismus“.

Jedoch: Die extremen Belastungen des Staatshaushalts der DDR

durch die subventionierten Basisgüter und der damit verbundene Egalitarismus werfen nicht nur die Frage nach den *ökonomischen Grenzen* (und Nutzen angesichts vielfacher Verschwendung), sondern auch nach den *sozialpolitischen Wirkungen* dieser Politik auf. In der begonnenen Phase forcierter Intensivierung der Wirtschaft müssen besonders der Intelligenz verstärkt Leistungsanreize geboten werden. Das bedeutet: weniger Gleichheit und mehr soziale Differenzierung nach Einkommen, Arbeits- und Lebensbedingungen (Wohnen!), im Zugang zu hochwertigen Konsumgütern (Autos) und Dienstleistungen ebenso wie zu Westreisen und internationaler Kommunikation. Nicht nur ideologisch, sondern angesichts ohnehin vorhandener Privilegien der Machtelite und der „Zweiteilung“ der Gesellschaft in Bürger mit West-Verwandten, West-Reisen und West-Devisen wirft die sich verstärkende Politik sozialer Differenzierung (bis hin zur faktischen Elitenförderung und nicht nur gegen „eine Nivellierung nach unten“) die Frage auf: Vertieft sie nicht soziale und politische Widersprüche, schürt sie nicht Neid und Unzufriedenheit bei den Nichtbegünstigten und vergrößert sie so nicht die ohnehin vorhandenen Legitimationsdefizite?

Legitimationsprobleme entstehen außerdem dort, wo die SED die sozialistische Zielperspektive und die „historische Überlegenheit“ der DDR zum Beispiel gegenüber der Bundesrepublik kaum noch glaubwürdig vertreten kann. *Glaeßner* geht sogar soweit, zu behaupten, die Politik der SED sei „heute dadurch gekennzeichnet, daß sie kaum noch in der Lage ist, langfristige gesellschaftliche Perspektiven zu entwickeln und diese in praktische Politik umzusetzen. Die meisten Entscheidungen, die getroffen werden, sind das Ergebnis aktueller Forderungen und sozialer Bedürfnisse“ (*Glaeßner* 1986, S. 15). Die hohe Priorität für die pragmatisch-wohlfahrtsstaatliche Befriedigung vor allem sozio-ökonomischer Bedürfnisse hat zwar viele positive Seiten für die Bürger. Die weitgehende Konzentration der SED auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik, auf die Steigerung von Produktions- und Versorgungsleistungen dürfte ohne Demokratisierung des gesellschaftlichen Lebens für die meisten Bürger, selbst bei wachsendem Lebensstandard, dennoch keine überzeugende sozialistische Entwicklungsperspektive sein. Partei und Staat sind ja ohnehin - anders als in kapitalistischen Ländern - sofort und unmittelbar der Kritik ausgesetzt, wenn ökonomische Ineffizienz und Versorgungsmängel auftreten. Angesichts eines weiterhin prosperierenden Kapitalismus in Westeuropa und voranschreitender Demokratisierungsprozesse in Osteuropa gerät die reformunwillige SED mit ihrem bürokratisch-paternalistischen Sozialismus und dessen vor allem sozio-ökonomischer Legitimation doppelt in die Klemme. Offen ist, ob dieser doppelte Widerspruch mit dem Hinweis auf die „Vorzüge des Sozialismus“ in der DDR, auf drohende Instabilität und eine sozial unerwünschte Schere zwischen Arm und Reich in den reformsozialistischen Ländern auf Dauer „still“ gehalten werden kann.

In der Bevölkerung gibt es durchaus eine gewisse Wertschätzung dieser sozialen Leistungen des DDR-Paternalismus, die jedoch primär als die eigenen und nicht „des Systems“ empfunden und wie selbstverständlich hingenommen werden. Angesichts einer sich stabilisierenden Reformpraxis vor allem in der UdSSR verstärkt sich - bei allem Zweifel an den ökonomischen Erfolgsaussichten - langsam aber sicher auch bei den äußerlich weithin konformen, durchweg gut informierten und politisch aufmerksamen DDR-Bürgern ein „kritisches Potential“: Es wächst die Zahl öffentlich und organisiert aktiver Bürger, die nun endlich eine demokratischere Gesellschaft wollen, in der die Bürger über alle wichtigen politischen Fragen mitentscheiden können. „Es geht darum“, so formulierte schon 1978 (!) der Erfurter Theologe *Heino Falcke*, „daß der Bürger, daß der einzelne kompetent wird und ethisch menschlich reif wird, diese Entscheidungen wirklich mitzuvollziehen. Es geht also letztlich um einen gewaltigen pädagogischen Prozeß der Befähigung zu dieser Partizipation. Und da wird man auch in der DDR freilich Rosa Luxemburg folgen müssen, wenn sie sagt, dieser pädagogische Prozeß ist nur zu lösen, ist nur zu bewältigen, wenn den Bürgern die Möglichkeit der Praktizierung demokratischer Mitbestimmung gegeben wird, und man kann nicht unter dem Vorwand, daß die Bürger dazu noch nicht reif seien, sie vorerst davon zurückhalten, um ihnen dann nach Absolvierung des Reifungsprozesses die Mitbestimmung wie ein Weihnachtsgeschenk am Schluß zu überreichen. Wobei der Weihnachtstermin in diesem Fall noch offen sein dürfte“ (Zit. nach *Wensierski/Büscher* 1981, S. 18/19).

Literaturhinweise

- Böhme, Irene: Die da drüben. Sieben Kapitel DDR. Berlin (West) 1982.
Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.): Zahlenspiegel BRD/DDR - Ein Vergleich. 3. Ausgabe, 2. Auflage Bonn 1988.
Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.): Materialien zum Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland. Bonn 1971/72/74, 1987.
Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Sozial geborgen oder total verwaltet? Bonn 1984.
Glaeßner, Gert-Joachim: Am Ende der Klassengesellschaft? Sozialstruktur und Sozialstrukturforschung in der DDR. In: *apuz* B 32/1988. S. 3-12.
Glaeßner, Gert-Joachim: (Hrsg.): Die DDR in der Ära Honecker. (Festschrift für Hartmut Zimmermann) Opladen 1988.
Greiffenhagen, Martin: Von Potsdam bis Bonn: Zehn Kapitel zur politischen Kultur Deutschlands. München 1986.
Hanke, Irma: Alltag und Politik. Zur politischen Kultur einer unpolitischen Gesellschaft. Opladen 1987.
Henrich, Rolf: Der vormundschaftliche Staat. Reinbek bei Hamburg 1989.
Hüning, Hasko von: Tapetenwechsel. Reformdiskussion in der DDR: Zwischen Vervollkommnung und Umgestaltung. In: *Sozialismus* 9/1988, S. 70-77.
Hüning, Hasko von/Neugebauer, Gero: Staat und Individuum. Ein Beitrag zur neueren Diskussion über den Charakter des politischen Systems in der DDR. Referat für die Tagung „Sozialistische Länder“ im Rahmen des DVPW-Kongresses „Macht und Ohnmacht politischer Institutionen“. Darmstadt 1988.

Klinger, Fred: Von der Einheit zur Ungleichheit. Entwicklungsverläufe und Strukturbrüche der Sozialpolitik. In: Analysen der Forschungsstelle für gesamtdeutsche wirtschaftliche und soziale Fragen. H. 2/1989. S. 5-40.

Lebensbedingungen in der DDR. Ed. Deutschland Archiv. Köln 1984.

Manz, Günter/Winkler, Gunnar: Sozialpolitik. Berlin (Ost) 1985.

Markovits, Ina: „Rechtsstaat oder Beschwerdestaat?“ - Verwaltungsschutz in der DDR. In: Recht in Ost und West. 31. Jg. H. 5/1987, S. 265-281

Meyer, Gerd: Bürokratischer Sozialismus. Stuttgart 1977.

Meyer, Gerd: Sozialistische Systeme. Opladen 1979.

Meyer, Gerd: Das Politische System der DDR. 2 Bde. (Dimensionen der Politik, Arbeitsbuch für Schüler; Lehrerhandbuch im Druck) Frankfurt/M. 1984,1989.

Meyer, Gerd/Rohmeis, Kirsten: „Kontrollierte Emanzipation“. Thesen zu Patriarchalismus und Paternalismus im politischen System der DDR. In: Tradition und Fortschritt Ed. Deutschland Archiv. Köln 1986, S. 102-117.

Meyer, Gerd. Perspektiven des Sozialismus oder Sozialismus ohne Perspektive? Entwicklungstendenzen und Widersprüche in der DDR-Gesellschaft. In: Meyer, Gerd/Schröder, Jürgen (Hrsg.): DDR heute. Wandlungstendenzen und Widersprüche einer sozialistischen Industriegesellschaft. Tübingen 1988, S. 11-38.

Meyer, Gerd: Sozialistischer Paternalismus - Strategien konservativen Systemmanagements am Beispiel der DDR. In: Rytlewski, R. (Hrsg.): Politik und Gesellschaft in sozialistischen Ländern. PVS-Sonderheft 20. Opladen 1989 (im Druck).

Michalsky, Helga: Soziale Sicherheit ist nicht genug! Konzeption und Leistungen der sozialistischen Sozialpolitik. In: Gläeßner (Hrsg.), s. O. S. 402-421.

Neugebauer, Gero: Zur Situation der Kommunalpolitik in der DDR. In: Veränderungen in Gesellschaft und politischem System der DDR. Ed. Deutschland Archiv. Köln 1988, S. 117-129.

Rytlewski, Ralf/Opp de Hipt, Manfred: Die DDR in Zahlen 1945/49-1980. München 1987.

Süß, Walter: Die Gesellschaftspolitik der SED vor den Herausforderungen der sowjetischen Reformdiskussion. In: Veränderungen in Gesellschaft und politischem System der DDR. Ed. Deutschland Archiv. Köln 1988. S. 25-38.

Timmermann, Heiner (Hrsg.): Sozialstruktur und sozialer Wandel in der DDR. Saarbrücken 1988.

Voigt, Dieter/Voss, Werner/Merk, Sabine: Die Sozialstruktur der DDR: Eine Einführung. Darmstadt 1987.

Vortmann, Heinz: Soziale Sicherung in der DDR. In: apuz 32/1988, S. 29-38.

Winkler, Gunnar (Hrsg.): Lexikon zur Sozialpolitik. Berlin (Ost) 1987.